



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 1. Dezember 2023

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 4. Dezember 2023

Fokusthema: **Finanzen und Bau**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag zu Beginn der Sitzung fünf neue Ratsmitglieder aufnehmen. Anschliessend wird er sich mit elektronischen Verfahren im Steuerbereich auseinandersetzen, über die diskussionslose Überweisung mehrerer Postulate entscheiden, die Ablösung des NOK-Gründungsvertrags verabschieden, den Objektkredit für den Neubau der Berufsfachschule Winterthur beraten und sich eventuell auch noch mit Vorstössen zur Kreislaufwirtschaft befassen.

Fünf neue Ratsmitglieder für die in den Nationalrat Gewählten

Die eidgenössischen Wahlen vom Oktober haben mehreren Ratsmitgliedern ein neues Mandat in Bern beschert. Für sie beginnt am Montag die erste Session im Nationalrat. Nach ihrem Rücktritt aus dem Kantonsrat am vergangenen Montag werden nun fünf neue Ratsmitglieder aufgenommen: Für die frühere Fraktionschefin der Mitte, Yvonne Bürgin, rückt Tina Deplazes nach und für den früheren Fraktionschef der SVP, Martin Hübscher, kommt Ruth Büchi-Vögeli. Die SVP-Vertreterin Nina Fehr Düsel wird durch Tumasch Mischol ersetzt und der EDU-Vertreter Erich Vontobel durch Roger Cadonau. Und bei der FDP schliesslich kommt Claudio Ziehlmann für Bettina Balmer (KR-Nr. 374-378/2023). Balmers Sitz in der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) soll Reto Agosti übernehmen (KR-Nr. 372/2023), und die neue Fraktionspräsidentin der Mitte, Marzena Kopp, wird Yvonne Bürgin auch im Sekretariat des Kantonsrates beerben (KR-Nr. 379/2023). Diese beiden Wahlvorschläge der Interfraktionellen Konferenz (IFK) dürften unbestritten bleiben.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Elektronische Verfahren im Steuerbereich

Vor diesen und zwei weiteren Wahlgeschäften (vgl. unten unter Personelles) steht die Behandlung einer Revision des Steuergesetzes an ([5865](#)). Es geht dort unter anderem um die elektronischen Verfahren – beispielsweise um die Kosten, die in Zusammenhang mit der elektronischen Einreichung der Steuererklärung und anderer Eingaben entstehen. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt hier einstimmig, dass der Kanton für die Entwicklung und Einführung neuer Applikationen in den Gemeinden aufkommt. Die Betriebs- und Nutzungskosten sollen der Kanton und die Gemeinden je zur Hälfte übernehmen. Die Personalkosten und die Kosten für die Abschreibung der Systeme sollen hingegen zulasten der Gemeinden gehen.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Postulate zu innovativer Fleischherstellung, Baubewilligungen, Wohnungsknappheit und mehr

Nach den Wahlen sind sieben Postulate als Entgegennahmen traktandiert. Das heisst, dass der Regierungsrat sich bereit erklärt hat, die Vorstösse entgegenzunehmen. Wenn kein Ratsmitglied opponiert, werden diese Postulate diskussionslos überwiesen. Falls aber die Diskussion verlangt wird, wird das Geschäft später für die inhaltliche Debatte neu angesetzt. Das erste Postulat stammt aus den Reihen der Grünliberalen. Sie wollen, dass der Kanton Zürich zu einem Zentrum innovativer und zukunftsfähiger Fleischherstellung wird, und verlangen vom Regierungsrat einen Bericht, wie der Kanton ein attraktiver Standort für diese Produktion werden kann ([KR-Nr. 117/2023](#)). Mit dem zweiten Postulat verlangt die FDP «mehr Tempo bei Baubewilligungen» ([KR-Nr. 226/2023](#)). Der Regierungsrat soll aufzeigen, wo und wie er das Verfahren deutlich verkürzen kann. Als Ziel wird ein Entscheid innert 100 Tagen ab Vorliegen sämtlicher Unterlagen vorgegeben. Ebenfalls von der FDP

stammt das Postulat zur Bekämpfung von Wohnungsknappheit und Mietpreiserhöhungen ([KR-Nr. 227/2023](#)). Hier wird vom Regierungsrat verlangt, die Wirksamkeit verschiedener Massnahmen zu evaluieren. Unterzeichnende aus allen Fraktionen ausser der EVP hat das Postulat für eine Optimierung der elektronischen Steuererklärung für Verheiratete ([KR-Nr. 246/2023](#)). Unter anderem geht es ihnen darum sicherzustellen, dass beide Ehepartner die Steuererklärungen eingesehen haben und dass Rückzahlungen an zwei Konten überwiesen werden können. In einem weiteren Postulat fordern die Grünen mit Unterstützung der SP, der GLP und der AL ein Pilotprojekt mit dem Ziel, die stationäre psychiatrische Versorgung von psychisch Kranken im Strafvollzug zu verbessern ([KR-Nr. 273/2023](#)). Weiter verlangt SP-Kantonsrat Tobias Langenegger mit Mitunterzeichnenden aus GLP, Mitte, EVP und AL, den Kirchen mehr Spielraum für die Umnutzung ihrer Liegenschaften zu geben ([KR-Nr. 287/2023](#)). Der Regierungsrat soll zusammen mit der Evangelisch-reformierten Landeskirche und der Römisch-katholischen Körperschaft aufzeigen, welche gesetzlichen Änderungen dazu nötig sind und welche Strategie bei den kirchlichen Immobilien mittel- und langfristig verfolgt wird. Beim letzten Postulat schliesslich geht es um Anstellungsformalitäten an Kantons- und Berufsschulen ([KR-Nr. 334/2023](#)). Konkret fordert SP-Vertreterin Sibylle Jüttner, dass Lehrpersonen auch dort vor einer Anstellung auf der Stufe Sek I und II einen Sonderprivatauszug vorlegen müssen. In diesem Auszug erscheinen Urteile, die ein Berufs-, ein Tätigkeits- oder ein Kontakt- und Rayonverbot enthalten, sofern dieses Verbot beispielsweise zum Schutz von Minderjährigen erlassen wurde. Dieses Postulat wird von den Grünen, der GLP, der EVP, der Mitte und der FDP unterstützt.

Nathalie Aeschbacher (GLP, Zürich), 076 305 87 47
Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 076 488 28 55
Mario Senn (FDP, Adliswil), 079 796 12 04
Harry Brandenberger (SP, Gossau), 079 287 84 70
Jeannette Büsser (Grüne, Horgen), 077 255 27 56
Tobias Langenegger (SP, Zürich), 079 274 09 50
Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen), 076 520 02 44

Schlussabstimmung zur Ablösung des NOK-Gründungsvertrags und eine Fristverlängerung

Formsache dürften die beiden anschliessenden Geschäfte sein. Bei der Ablösung des NOK-Gründungsvertrags durch einen Aktionärsbindungsvertrag und eine Eignerstrategie der Aktionäre der Axpo-Holding ist die inhaltliche Debatte Ende Oktober geführt worden. In der zweiten Lesung geht es nun noch um die redaktionelle Bereinigung, bevor das Geschäft mit der Schlussabstimmung verabschiedet wird ([5813](#)). Anschliessend ist eine Fristerstreckung für die Berichterstattung des Regierungsrates zu einem Postulat traktandiert, mit dem ein Massnahmenplan zu überhöhten Stickstoffeinträgen in empfindliche Ökosysteme verlangt wird ([KR-Nr. 381/2019](#)). Der Regierungsrat möchte zuerst den neuen Massnahmenplan Ammoniak abwarten, der im zweiten Quartal 2024 vorliegen soll. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt, die Fristerstreckung zu gewähren.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63 (NOK-Gründungsvertrag)
GPK-Präsident: Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), 076 385 58 22 (Fristerstreckung)

Kredit für den Neubau der Berufsfachschule Winterthur und Abschreibung von Postulaten

Nächstes Traktandum ist der Objektkredit für den Neubau der Berufsfachschule Winterthur ([5882](#)). Der Kredit wird grundsätzlich unterstützt. Eine knappe Mehrheit der Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt aber, ihn um 3,75 Millionen Franken auf rund 75 Millionen Franken zu kürzen, weil im Detail noch kostenoptimierte Lösungen zu finden seien. Eine Minderheit aus SP, Grünen, GLP und Mitte stellt sich gegen diese Kürzung. Einstimmige Kommissionsanträge liegen hingegen zu den folgenden zwei dringlichen Postulaten vor, nämlich jenem zur Deponie Tägernauerholz ([KR-Nr. 86/2022](#)) und jenem zum Tiefenlager für radioaktive Abfälle ([KR-Nr. 210/2022](#)). Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) ist mit der Berichterstattung des Regierungsrates zufrieden und will die Vorstösse deshalb jetzt abschreiben. Sollte dann noch Zeit verbleiben, kann sich der Rat noch Motionen und Postulaten der Grünen zum Thema Kreislaufwirtschaft widmen. Dort geht es unter anderem um die Senkung der grauen Emissionen bei Neubauten ([KR-Nr. 345/2022](#)) und um die Wiederverwendung von Baumaterialien ([KR-Nr. 346/2022](#)).

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15
Minderheit Objektkredit: Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal), 079 424 69 11
KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84
Florian Meier (Grüne, Winterthur), 079 332 39 46
Silvia Rigoni (Grüne, Zürich), 079 749 10 54

Personelles:

Neben der Ersatzwahl in die KSSG und ins Ratssekretariat wird der Kantonsrat auch einen Sitz im Verwaltungsrat der EKZ neu besetzen ([KR-Nr. 363/2023](#)). Gemäss dem Wahlvorschlag der IFK wird Markus Ernst (FDP) den Platz der zurücktretenden Gabriela Winkler einnehmen. Ausserdem ist ein Mitglied des Obergerichts für den Rest der Amtsdauer 2019-2025 zu wählen ([KR-Nr. 216/2023](#)).

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden.
Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:
Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00
Frank Sieber, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit, 043 259 20 37